

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eingetragene Zeitung mit 80 Pt. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pt. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Pl. 231.

Dresden, Freitag den 4. Oktober 1912.

23. Jahrg.

Frauenkämpfe.

Deutschen Verband für Frauenstimme, eine Organisation, die ohne Anschluß an eine Partei für die Verleidung des politischen Wahlrechts agiert, ist ein Konflikt, der insgeheim bestand, zu offenem Ausbruch gelangt. Einige waren es bekannt, daß an der Forderung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts, die der noch jungen Sitzungen vertritt, eine größere Reihe abgelaufen ist. Das waren zum Teil solche, die sich mit diesem demokratischen Programm nicht einverstanden erklärten, in der Mehrzahl aber Typen, die glaubten, durch eine Erweiterung der Platte, die auch für politisch rechtsstehende Frauen, Damen und Männer, öffnen und so eine einheitliche Rechte für ihre staatsbürglerische Gleichberechtigung der Angehörigen des weiblichen Geschlechts herstellen. Bis in die längste Zeit sind die Angriffe dieser Gruppen auf die Befürworter einer größeren Reihe nicht fehlen durften, von den Verteidigern in Form abgeschlagen worden. Jetzt aber hat der Krieg einen Erfolg davongetragen.

eine Sitzung des Beirats, einer Art erweiterten Rat, die dieser Tage zu Weimar stattfand, hat eine Mehrheit für die Aufgabe des anstößigen Sitzes ausgesprochen, und die im nächsten Jahre stattfindenden Generalversammlungen vorzusehen, deren Wortlaut noch geheim ist, von der man aber weiß, daß sie ein schwaches Abkommen an die sogenannten Gemäßigten bringen wird, zwar nicht direkt auf das gleiche Wahlrecht, aber die Forderung wird in einer Weise umschrieben, daß einem rücksichtslosen Bekennen verrät. Das gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrechte gegen und statt dessen ist irgend ein Vappen in bunten Farben gezeichnet worden.

Die Damen auf der Rechten bestreitet sind und werden, kann billig bezweifelt werden,

daß sie anstreben, ihre radikalsten Elemente abgeschafft

zu Weimar sind mehrere an leitender Stelle

waren, wie Minna Cauer und Toni Brett.

Es geschieht. Sie erkennen wohl, daß die

der sie bisher ihre Kräfte geliehen haben, auf

die angelangt ist, die sie in einem direkten und

begrenzt zur proletarischen Frauendewegung

zu den Wege zur Rechten hinüber zu finden, hat

den Verband für Frauenstimme die Brüder abge-

bracht nach links hinüberschoben.

Die wachsende Verständnis der bürgerlichen Frauen-

und die wirkliche Bedeutung des Wahlrechts tritt

noch besonders bei jenen her vor, die sich Por-

tschau, die ihrerseits gar nicht daran denken, das

die Frau in ihr Programm aufzunehmen. Da jene

und diese zählen, wenn kluge Männer reden. Am

aber auch ein Amt im Vorstand, aber als politisch

zu werden, sie nicht anerkann. Siehe die

parteiliche Volkspartei. Eine Zeitlang sah

aus, als wollte sie auf ihrem heute beginnenden

zu Mannheim die Konsequenzen aus ihren

demokratischen Grundsätzen ziehen. Aber die Aus-

deben ihnen, die jetzt wieder aus Anlaß eines Kon-

Bundes deutscher Frauenvereine kategorisch er-

klärt, eine Politisierung der Frauen sind wir weder auf

Zeit, noch auf Umwegen irgendwie und jemals zu

Theodor Wolff kam in seiner als Parteititel präsentierten

mit Argumenten, die der selige v. Hippel bereits

im 19. Jahrhunderts glänzend widerlegt hat, von dem

Parteigenossen des Hertz Wolff, J. St. Mill, der

19. Jahrhunderts das Wahlrecht der Frauen

nicht zu reden. Der Chefredakteur des Berliner

wiederholte die Rücksichtnahmen, die man auf

den Kleinstädten zu hören bekommt. Er gab

ironische Pointen. Er glaubt nun sicher, die

anderen recht günstig zurückgestoßen zu haben,

doch nur bewiesen, daß in dem Mantel des radikalen

Parteis auch nur ein ganz spießiger Whilster mit den

allen Gebatter Schneider und Handschuhmacher

in der Fortschrittspartei das Thema barlieren: die

Partei in das Haus!

Die Anhängerinnen der Naumann, Wiemer und Fisch-

er Partei, die sie im Stich läßt, den Rücken lehnen

zu sich zeigen. Tun sie es nicht — und der größte

Widerstand wird es nicht tun —, so beweisen sie auch

die bürgerlichen Klasseninteresse stärker ist als

noch dem Wahlrecht, und daß sie dieses nur in

den Auslanden, als jenes sich damit vereinbaren läßt. Sie

entschließen, in die Reihen derjenigen Partei

zu treten, bei der das Wahlrecht der Frau im natürlichen und organischen Zusammenhang mit all ihren anderen Programmforderungen steht, zur Sozialdemokratie, die nicht auf Rücksicht auf den Mitgliedsstand, oder in der Erwirkung, daß man ja allerlei aufs Papier schreiben könne, das gleiche, all-

gemeine, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter begeht, sondern weil für sie der Befreiungskampf der Frau nur einen Ausschnitt aus dem großen, allgemeinen Befreiungskampf darstellt, in den sie mit all ihren Kräften eingetreten ist.

Der Balkanwirrwarr.

Noch immer ist es unbestimmt, ob das Balkanspielverfahren explodieren oder ob Österreich drohende Haltung den Balkanbund zur Vernunft bringen wird. Spärlicher liegen die Brieftauben; die Zensur sieht und streicht. Sicher ist nur, daß weder die Türkei noch ihre vier Gegner kriegsfertig sind. Daraus erkläre sich wohl auch die einander widersprechenden Meldungen. Angestündigt wird ein Ultimatum, das die vier Mächte der Türkei in den nächsten Tagen zu stellen gedenken und das auf den Ton gestimmt sein soll: Entweder durchgreifende Reformen in der Türkei oder Krieg! Da diese Reformen in umfassender Autonomie der mazedonischen Nationalitäten bestehen sollen und dies wiederum auf eine Verschärfung der europäischen Türkei hinauslaufen dürfte, wird die Pforte den Krieg wählen müssen. Darum auch die Peitschung der Friedensverhandlungen mit Italien, die bereits nahe bis an die Unterzeichnung der Friedensbedingungen gediehen sein sollen; zumal auch Italien ein starkes Interesse daran hat, aus dem Konzert der europäischen Mächte nicht ausgeschaltet zu werden, was ja geschehen würde, solange Italien als kriegsführende Macht gilt.

Ein greifbares Resultat über ein gemeinsames Vorgehen der Großstaaten wird noch nicht gemeldet. Die mangelnde Einigkeit der Mächte, ihre Eiferjäger und imperialistische Rivalität läßt sie anstreben zu seinem gemeinsamen Programm kommen. England und Deutschland streiten sich um die Sympathie der Türkei, zwischen Frankreich und Deutschland steht der Marokkokrieg eine breitere Kluft denn bei früheren Balkankrisen, dazu die Balkankonfurrenz zwischen Russland und Österreich und der allgemeine Gegensatz zwischen Dreikönig und Tripletentente — die Situation kann kaum zerfahren sein. Aus Wien werden dem Berliner Tageblatt über diese Verwirrenheit folgende „wohlinformierte“ Aufklärungen gemeldet:

Trotzdem in allen Hauptstädten verichert wird, daß die Großmächte über ihr Vorgehen gegenüber der Türkei und den Balkanstaaten einig seien, ist es gewiß, daß diese Einigkeit bei weitem keine vollständige ist. Die Aktion der Großmächte trennt daran, daß zwischen dem Standpunkt Russlands und dem der übrigen Mächte Meinungsverschiedenheiten in formeller und sachlicher Beziehung vorhanden sind. Die formellen Differenzen bestehen darin, daß Rußland auf die Türkei einen viel größeren Druck ausübt will als auf die Balkanstaaten, weil es die Rolle des großen Beschützers der Balkanstaaten weiterführen will. Die tatsächlichen Differenzen bestehen darin, daß Rußland eher geneigt ist, die Autonomieforderungen Bulgariens zu unterstützen, während die übrigen Großmächte der Ansicht sind, sie könnten für dieses Verlangen Bulgariens, daß die Türkei erst nach einem verlorenen Kriege erfüllen würde, nicht eintreten. Einig sind die Großmächte nur in ihren Bemühungen, eine Demobilisierung auf dem Balkan beizutragen.

Wenn es nach unseren Panzerplatteninteressenten und berufsmäßigen Kriegsbehörden ginge, müßte aus dem Balkankriegsvertrag ein Weltkrieg entstehen. In der Post ist man tatsächlich längst an der Arbeit, und das Rezept, wie man aus einem kleinen Gewebe ein allgemein europäisches Schachspiel machen kann, wird mit grohem Eifer vorgetragen. Um die Türken vor dem Balkanbund zu schützen, müssen Deutschland und Österreich schließlich nach den Waffen greifen. Ob das den andern Großmächten gefällt oder nicht, darüber wird nicht gefragt. Daß ein Versuch der Zentralmächte, die Balkanfrage auf eigene Faust zu lösen, zum schwersten Konflikt mit der Tripletentente führen müßte, weiß die Post ganz genau. Aber diesen Konflikt herbeizuführen, ist ja der eigentliche Zweck der Übung.

Darum werden der deutsches Regierung wieder einmal lästig die Leviten gelesen. Weil sie nicht jedesmal sofort Folge leistet, wenn die Post den Mobilmachungsbefehl erlässt — und das geschieht durchschnittlich aller vierzehn Tage einmal — gilt sie als viel zu schlapp und friedlich. Und jedesmal ist das Vaterland in Gefahr, jedesmal werden dieselben abgeflackten Redensarten gebraucht wie diesmal, wo es heißt:

Um unsere Zukunft handelt es sich dabei, und zwar nicht nur um unsere Weltstellung, sondern um unsere Selbständigkeit und Bedeutung als europäische Kontinentalmacht.

Österreich und Rumänien müssen unter allen Umständen, eventuell mit den Waffen, den Rücken lehnen. „Der Unterstützungs der gesamten Nation könnte eine solche Politik nicht sein.“ So schreibt die Post, die nicht in der Lage ist, aus ihren Abonnementseinnahmen die Kosten zu decken, die der Druck ihres Unsinns erfordert.

Bedenklicher mag es stimmen, daß die dem Klerikalischen österreichischen Thronfolger ergebene deutsche Zentrumspresse jetzt sachte anfängt, in das gleiche Horn zu stoßen. So veröffentlicht die Berliner Germania einen Wiener Brief, in dem ausgeschaut wird, Österreich müsse unter allen Umständen verhindern, daß Albanien, sein wirtschaftliches Er-

pionsgebiet, unter den Einfluß einer anderen Macht gerate, es dürfe die großherzöglischen Prätenzonen unter keiner Bedingung dulden. Schließlich wird der fronde Thronfolger gefeiert, der den „Haupthäusern gegen die Militärdiktatur“ zum Trotz darauf gesehen, daß Österreich seine Waffen blank halte.

Das Verhalten der schwarzen „Haupthäuser“ für die Militärdiktatur ist nicht unverständlich. Für sie ist der Balkanstreit ein Kampf der katholischen Kirche mit der russisch-griechischen Orthodoxie. Österreich, zumal das Österreich Franz Ferdinand, erfreut sich als katholische Vormacht ihrer ausgiebigsten Unterstützung. Von deutschem Volk aber, ob katholisch oder protestantisch, sollte man nicht verlangen, daß es für die Balkanpolitik des Papstes und seines Werkzeugs, des Erzherzogs Franz Ferdinand, seine Haut zu Markt trage.

Die bulgarische Sozialdemokratie und der Krieg.

Die bulgarische Sozialdemokratie ist selbstverständlich gegen den Krieg. Die radikale Aktion ist der von den bürgerlichen Parteien propagierten Forderung der Autonomie Mazedoniens idiom entgegengesetzt. Ihre Erfüllung bilde überhaupt keine Lösung der Balkanfrage. Denn das autonome Mazedonien wäre ebenso der Hauptziel der rivalisierenden Balkanstaaten und deren Massen wie der europäischen Diplomatie, wie das verlässliche Mazedonien. Sobald würden auch die an den Balkanbünden interessierten europäischen Großmächte lebenswegen die Errichtung einer wirklichen Autonomie Mazedoniens gestalten. Ein Krieg aus dem Balkan könnte nur der Eroberungspolitik der interessierten Großmächte zugute. Heute werden die Balkanstaaten, insbesondere Bulgarien, um auffälligsten von Rußland zu einem Kriege mit der Türkei aufgehetzt. Es liegt nun auf der Hand, daß ein Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei nur ein Karussiade ist, die Eroberungsbestrebungen Russlands auf dem Balkan wäre. Dann trüte auch die russische Flotte die bulgarischen Hafenstädte am Schwarzen Meer besetzen und somit den Einzug Russlands in Südbulgarien, von wo aus der kürzeste Landweg nach Konstantinopel führt, sichern soll. Ein Krieg um die „Autonomie“ Mazedoniens würde, ohne das eigentliche Ziel erreicht zu haben, Bulgarien total erschöpfen, um es dann dem russischen Despotismus auf Gnade und Ungnade auszuliefern.

Deshalb nimmt die Sozialdemokratie in Bulgarien gegenwärtig entschieden gegen diesen Krieg Stellung und tritt mit aller Energie für die Vereinigung der Balkanvölker in einer föderativen Republik auf. Diese Aufgabe ist für die Sozialdemokratie Bulgariens und der Balkanländer überhaupt umso gebieterischer, da ja mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß ein Balkankrieg zu einem Weltkrieg zu einem Weltkrieg führen kann, gegen den sich das gesamte internationale Proletariat ausbauen.

Dagegen bezeichnet der opportunistische Flügel als sein Ziel: Durch die Selbstbestimmung der Balkan-Nationalitäten zur Balkanföderation, also eine mehr abgeschwächte Formulierung, von der sich diese Richtung die Möglichkeit einer mehr unmittelbaren Einwirkung auf die national erregte Bevölkerung verspricht.

Der Aufmarsch.

Konstantinopel, 3. Oktober. Da die bulgarische Armee am 30. September mobilisiert worden ist, kann sie am zehnten Tage an der Grenze aufmarschiert sein. Von den neuem Divisions des Friedensheeres sind sechs gegen die Türkei, drei zur Kooperation mit Serbien gegen Rumänien bestimmt, die Reservedivisionen bleiben an der rumänischen Grenze. Der Beginn der Feindseligkeiten ist in vier Tagen zu erwarten.

London, 3. Oktober. Die Pall Mall Gazette bringt die Mitteilung, daß die bulgarische Regierung einen englischen Aviatiker gebeten hat, die Bildung eines bulgarischen Fliegerkorps zu übernehmen. Der Aviatiker soll das Interesse angenommen haben.

Serien, 3. Oktober. Wie in Regierungkreisen bestimmt verkehrt wird, ist Serbien keineswegs von aggressiven Absichten beeindruckt, sondern ist bestrebt, seinen Stammgenossen durch Schaffung einer autonomen Provinz Alterschen, von deren 1.000.000 Einwohnern über 700.000 serbische Nationalität sind, die Existenzberechtigung und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. — Die Skupstica ist heute zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten und hat sich konstituiert. Am Sonnabend werden die Parlamentssitzungen durch eine Thronrede König Peters eröffnet, der mit großer Spannung erwartet wird.

SLUB Dresden, 3. Oktober. Wie in Regierungskreisen bestimmt verkehrt wird, ist Serbien keineswegs von aggressiven Absichten beeindruckt, sondern ist bestrebt, seinen Stammgenossen durch Schaffung einer autonomen Provinz Alterschen, von deren 1.000.000 Einwohnern über 700.000 serbische Nationalität sind, die Existenzberechtigung und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. — Die Skupstica ist heute zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten und hat sich konstituiert. Am Sonnabend werden die Parlamentssitzungen durch eine Thronrede König Peters eröffnet, der mit großer Spannung erwartet wird.